

15 Millionen für neue Schulmodule

Stadt Die Stadt Luzern muss in den nächsten Jahren im grossen Stil Schulhäuser sanieren und Schulanlagen erweitern. Grund dafür sind einerseits das Alter mancher Gebäude, andererseits steigende Schülerzahlen. Um die Bauphasen zu überbrücken, hat die Stadt ein neues Schulraummodul entwickelt.

Gestern hat der Grosse Stadtrat nun mehrere Sonderkredite in der Höhe von insgesamt fast 15 Millionen Franken einstimmig genehmigt: 5,2 Millionen für den Neubau eines Moduls bei der **Schulanlage Moosmatt**, 5,28 Millionen für den Neubau eines Moduls bei der **Schulanlage Wartegg/Tribtschen** sowie 4,35 Millionen für den Neubau eines Moduls bei der **Schulanlage Felsberg**. Jedes Modul umfasst dabei jeweils sieben Schulzimmer auf zwei Etagen, ist aus Holz gebaut und erfüllt den Minergie-Standard.

Für die Millionenkredite gab es Lob von allen Seiten: «Die Extrameile hat sich gelohnt», sagte etwa Marc Lustenberger (FDP) und fügte an: «Es ist eine gute Lösung, und wir können die Module bei weiteren Sanierungen verwenden.» (hor)

Grüne verhindern Steuererhöhung

In der Stadt Luzern sind künftig höhere Defizite erlaubt – dank einer ungewöhnlichen Allianz.

Robert Knobel

Die Stadt Luzern hat ein Problem: Das Budget 2021 sieht ein Defizit von 16,5 Millionen Franken vor. Das ist an sich schon unerfreulich genug – erst recht aber, wenn man bedenkt, dass derart rote Zahlen eigentlich gar nicht erlaubt wären. Das städtische Finanzhaushaltsreglement schreibt nämlich vor, dass das Budgetdefizit maximal 4 Prozent des Ertrags einer Steuereinheit betragen darf. Aktuell wären dies 7,5 Millionen Franken. Doch das Stadtparlament hat bereits im November beschlossen, ein mehr als doppelt so hohes Minus zu akzeptieren und somit die geltenden Bestimmungen zu missachten.

Auch für 2022 sieht die Finanzlage kaum besser aus. Doch ein zweites Mal wollen Stadtrat und Parlament die Reglementsvorgaben nicht mehr verletzen. Fürs Budget 2022 gibt es daher nur zwei Möglichkeiten: Entweder ein massives Sparpaket mit Steuererhöhung – oder die Vorgaben ändern. Das Stadtparla-

ment hat sich am Donnerstag für die zweite Variante entschieden. Das jährlich erlaubte Budgetdefizit wird auf 8 Prozent einer Steuereinheit verdoppelt – also auf rund 15 Millionen Franken. Damit folgte das Parlament dem Antrag des Stadtrats. Nun sollte es möglich sein, für 2022 ein rechtskonformes Budget zu erstellen, ohne gleich die Steuern erhöhen zu müssen.

Eine Steuererhöhung will eigentlich niemand. Dennoch ist Luzern knapp an diesem Szenario vorbeigeschrammt. Das kam so: SP, Grüne und die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wollten eigentlich noch viel weiter gehen als der Stadtrat und die jährliche Defizitobergrenze gleich ganz abschaffen. Dagegen wehrten sich die Bürgerlichen vehement. Sollte die Obergrenze abgeschafft werden, würde man dagegen das Referendum ergreifen, drohte die CVP.

Referendumsdrohung wirkte sofort

Da eine allfällige Volksabstimmung frühestens in der zweiten

«Mit solchen Vorgaben strangulieren wir uns völlig unnötigerweise.»

Simon Roth
Luzerner Grossstadtrat (SP)

Jahreshälfte stattfinden würde, hätte der Stadtrat das Budget 2022 auf der Basis der bisherigen Regeln erstellen müssen. Das hätte bedeutet: ein Defizit von maximal 7,5 Millionen. Da dies unrealistisch ist, wäre dem Stadtrat nichts anderes übrig geblieben, als für 2022 die Steuern zu erhöhen. Die bürgerliche Referendumsdrohung wirkte so-

fort: Die Mehrheit der Grünen rückte von der ursprünglichen Forderung, die Defizitobergrenze abzuschaffen, ab und unterstützte die moderate Version des Stadtrats einer Verdoppelung der Obergrenze. Damit erzielte dieser eine solide Mehrheit.

Mirjam Fries (CVP) war froh darum: «Es braucht weiterhin eine einfache und klare Vorgabe, wie hoch ein Defizit maximal sein darf. Das zwingt uns, rechtzeitig zu handeln.» Ähnlich sah dies Marco Baumann (FDP): «Dass wir die jetzige Krise relativ gut meistern können, hat auch mit den strengen Sicherheitsmechanismen zu tun.» Auch Thomas Gfeller (SVP) fand, die Stadt sei damit stets gut gefahren.

Anders sah dies die SP, die an der Abschaffung der Defizitobergrenze festhielt. Simon Roth erinnerte daran, dass die Rechnungen der Stadt Luzern seit Jahren um ein Vielfaches besser abschliessen als budgetiert. So gesehen könne man getrost höhere Defizite einplanen, da die negativen Prognosen oh-

nehin meist nicht einträfen. Ob die Defizitobergrenze nun 7,5 oder 15 Millionen beträgt – Roth findet: «Mit solchen Vorgaben strangulieren wir uns völlig unnötigerweise.»

Auch die GLP findet, dass die Diskussionen über die jährlich erlaubten Defizite am eigentlichen Problem vorbeiziehen. Sie wünscht sich, dass das Finanzhaushaltsreglement grundsätzlich überarbeitet wird. Denn trotz der jetzt beschlossenen Lockerung der Defizitgrenze werde man spätestens ab 2023 erneut ein Problem haben. Grund dafür ist ein Passus im Reglement, der besagt, dass die städtischen Bilanzen über eine Fünfjahresperiode gesehen jeweils positiv sein müssen. Für Jules Gut (GLP) ist diese Vorgabe nicht zielführend: «Das führt bloss dazu, im Schnellschuss Sparübungen machen zu müssen.» Die GLP will deshalb die Fünfjahresregel durch einen neuen, konjunkturabhängigen Ausgleichsmechanismus ersetzen. Eine entsprechende Motion ist hängig.

Akku Emmen soll ein breiteres Publikum anziehen

Virtuelle Events, Hochzeiten, Kulturanlässe: Die Neuausrichtung der Akku Kunstplattform in Emmen ist aufgegleist.

Geldsorgen haben die Akku Kunstplattform in Emmen geplagt. Obwohl sie in Kunstkreisen hohes Ansehen geniesst, schrieb sie Jahr für Jahr rote Zahlen. So kann es nicht weitergehen, entschied die Stiftung Akku 2019 und verschrieb dem Betrieb für 2020 und 2021 ein Sparprogramm. Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Emmer Gemeinderats Brahim Aakti (SP) eingesetzt, die eine Neuausrichtung erarbeiten sollte. Nun liegt das Konzept vor.

Es beinhaltet neben dem bisherigen Schwerpunkt von regional-national ausgerichteten Kunstausstellungen drei neue Geschäftsbereiche. Bereits im vergangenen August wurden die Kinderateliers eigenständig: Der Verein Kuka Kinder- und Kulturatelier hat die Trägerschaft der Angebote übernommen. Schon dadurch wurde das Akku schlanker, die Ausgaben reduziert.

Zu wenig in Emmen verankert

In der Arbeitsgruppe sei der Bereich Kunst als Schwerpunkt der Plattform unbestritten gewesen, sagt Brahim Aakti und betont: «Das Akku als Kunstplattform mit Ausstellungen funktioniert, es ist eine etablierte Institution. Deshalb wird der Bereich Kunst das Herzstück des Akku bleiben.» Auch die Räumlichkeiten in der Viscosistadt werden beibehalten. Partnerschaften, etwa mit dem Kuka, der Kunsthochschule oder dem Tramhüsli, sollen weiter ausgebaut werden.

«Was nicht funktioniert hat: Die Finanzen – und der Bezug zur Standortgemeinde. Beim



Die Kunstplattform Akku an der Gerliswilstrasse.

Bild: Boris Bürgisser (Emmenbrücke, 2. März 2021)

Emmer Publikum ist das Akku nicht gut genug verankert», so Aakti weiter. Um dem Gegensteuer zu geben, soll das Akku sich mehr in Richtung eines lebendigen Kulturorts entwickeln. Hier kommen die drei neuen Geschäftsbereiche ins Spiel: virtuelle Events, Hochzeiten und Kultur-Club. Sie sollen dazu beitragen, dass die Räumlichkeiten besser ausgelastet und durch eine breitere Kundschaft genutzt werden.

Das Konzept der virtuellen Events wurde mit dem technischen Partner Bild + Ton AG erarbeitet, bei dem künftig die Federführung in diesem Bereich

liegt. Die Akku-Räumlichkeiten sollen dabei für Events genutzt werden, die sowohl analog als auch digital stattfinden.

Neue Einnahmequellen erschliessen

Ein Beispiel: Eine Firma will ihren Kunden ein neues Produkt vorstellen und nutzt dazu den Akku-Raum, während die Kunden per Livestream zugeschaltet sind. Erste Zielgruppe dafür ist das Emmer Gewerbe. «Wir wollen dabei die Gunst der Stunde nutzen, die sich aufgrund der Pandemie bietet», so Aakti, «wobei wir überzeugt sind, dass das Modell zukunftsträchtig ist.»

Virtuelle Events und Hochzeiten sollen dem Akku als neue Einnahmequellen dienen und es bekannter machen. «Für Hochzeiten sind die Räumlichkeiten ideal, sowohl für Apéros und Feierlichkeiten als auch für Zeremonien», sagt Aakti.

Als lebendiger Kulturort will sich das Akku vor allem mit dem neuen Kultur-Club etablieren. Künftig sollen regelmässig kleinformatige Kulturveranstaltungen programmiert werden – Performances, Lesungen, Poetry-Slams oder Comedy-Abende. Noch offen ist allerdings, wer letztlich die Organisation des Kultur-Clubs übernimmt,

das Akku selbst oder ein neuer Verein.

Daneben beinhaltet die Neuausrichtung auch eine Reorganisation der Trägerschaft, so die Wahl eines neuen Stiftungsrats. Kuratorinnen sollen nicht mehr fest angestellt werden, vielmehr soll für die einzelnen Ausstellungen mit Gastkuratorinnen und -kuratoren gearbeitet werden. Dies habe sich bereits im vergangenen Jahr bewährt und sei zudem ein Sparfaktor, so Aakti. Zur Stärkung des Bereichs Kunst wird ein künstlerischer Beirat ins Leben gerufen. Und um dem neuen, vielfältigen Angebot gerecht zu

werden, wird eine Geschäftsführung eingesetzt, etwa mit einer Person, die aus dem Kulturmanagement kommt.

125 000 Franken pro Jahr von der Gemeinde

Geplant ist, die neuen Gremien im kommenden Frühling zu besetzen. Auch erste Events sollen noch dieses Jahr durchgeführt werden. Finanziell rechnet das Akku künftig mit deutlich höheren Einnahmen und kleinerem Aufwand. «Der Eigenfinanzierungsgrad ist für eine Kulturinstitution sehr hoch», findet Brahim Aakti. Allerdings werde die Kunstplattform auch künftig auf Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen sein.

Deshalb beantragt der Emmer Gemeinderat beim Parlament einen Sonderkredit von 500 000 Franken über vier Jahre im Rahmen der Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Akku. Dank dem jährlichen Beitrag von 125 000 Franken könne das Akku schwarze Zahlen schreiben. «Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es ein angemessener und nicht übertriebener Beitrag an die Leistungen der Kunstplattform ist», sagt Aakti. Emmen profitiere als Standortgemeinde vom Image des Akku. Dieses betreut zudem die Kunstsammlung der Gemeinde und leistet Kunstvermittlung und -pädagogik. In den letzten Jahren hat die Gemeinde auf Wunsch des Einwohnerrats den jährlichen Beitrag an das Akku sukzessive von 200 000 auf aktuell 120 000 Franken reduziert.

Beatrice Vogel